

# BUNDESGESETZBLATT

## FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1969

Ausgegeben am 10. April 1969

27. Stück

**110.** Bundesgesetz: Energieanleihegesetz 1969**111.** Kundmachung: Teilweise Aufhebung des § 1 des Boden-Credit-Anstalts-Gesetzes durch den Verfassungsgerichtshof**112.** Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Sozialistischen Republik Rumänien über Rechtshilfe in bürgerlichen Rechtssachen einschließlich Sachen des Familienrechts und über Urkundenwesen samt Protokoll

**110. Bundesgesetz vom 6. März 1969, betreffend die Übernahme der Bundeshaftung für Anleihen, Darlehen und sonstige Kredite der Österreichischen Elektrizitätswirtschafts-Aktiengesellschaft (Verbundgesellschaft) und der Sondergesellschaften gemäß § 4 Abs. 4 des 2. Verstaatlichungsgesetzes (Energieanleihegesetz 1969)**

Der Nationalrat hat beschlossen:

§ 1. (1) Der Bundesminister für Finanzen wird ermächtigt, für die

- a) von der Österreichischen Elektrizitätswirtschafts-Aktiengesellschaft (Verbundgesellschaft),
- b) von einer oder mehreren der Sondergesellschaften gemäß § 4 Abs. 4 des 2. Verstaatlichungsgesetzes oder
- c) von der Österreichischen Elektrizitätswirtschafts-Aktiengesellschaft (Verbundgesellschaft) gemeinsam mit einer oder mehreren der genannten Sondergesellschaften

zum Ausbau und zur Fertigstellung von Großkraftwerken, insbesondere der Werke Feistritz, Wallsee, Weyer und Zemm, sowie der Übertragungseinrichtungen der Verbundgesellschaft im In- und Ausland aufzunehmenden Anleihen, Darlehen und sonstigen Kredite namens des Bundes die Haftung als Bürge und Zahler (§ 1357 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches) unter der Voraussetzung zu übernehmen, daß der Gesamtbetrag (Gegenwert) der aufzunehmenden Anleihe, Darlehen und sonstigen Kredite 3000 Millionen Schilling einschließlich der Zinsen und Kosten nicht übersteigt.

(2) Der Bundesminister für Finanzen wird ferner ermächtigt, für Kredite, einschließlich der Zinsen und Kosten, die der Vorfinanzierung von Anleihen, Darlehen und sonstigen Krediten gemäß Abs. 1 dienen, eine Laufzeit von einem Jahr und das Ausmaß des im Abs. 1 genannten Gesamtbetrages (Gegenwert) nicht überschreiten, namens des Bundes die Haftung als Bürge und Zahler (§ 1357 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches) zu übernehmen. Diese Haftung

darf jedoch nur in einem Rahmen übernommen werden, der eine allzu umfangreiche Überschneidung zwischen Vor- und Endfinanzierung ausschließt. Kredite, die der Vorfinanzierung solcher Anleihen dienen, sind auf den im Abs. 1 genannten Haftungsrahmen nicht anzurechnen.

(3) Der Bundesminister für Finanzen darf von den im Abs. 1 und Abs. 2 erteilten Ermächtigungen nur dann Gebrauch machen, wenn

- a) die Finanzoperation (Anleihen, Darlehen oder sonstige Kredite) im Einzelfall den Betrag (Gegenwert) von 1300 Millionen Schilling einschließlich der Zinsen und Kosten nicht übersteigt;
- b) der nominelle Zinsfuß, bezogen auf ein Jahr, bei Zinsenzahlung im nachhinein nicht mehr als 5 v. H. über dem im Zeitpunkt der Finanzoperation geltenden Zinsfuß für Eskontierungen der Österreichischen Nationalbank (§ 48 Abs. 4 des Nationalbankgesetzes 1955, BGBl. Nr. 184) beträgt;
- c) die Laufzeit der Finanzoperation 25 Jahre nicht übersteigt;
- d) die prozentuelle Gesamtbelastung unter Zugrundelegung der folgenden Formel nicht mehr als 90% beträgt:

$$100 \times \left( \frac{\text{Zinsfuß}}{\text{gem. lit. b}} + \frac{\text{Rückzahlungskurs} - \text{Nettoerlös der Finanzoperation in Hundertsätzen}}{\text{mittlere Laufzeit}} \right)$$

Nettoerlös der Finanzoperation in Hundertsätzen; zur Feststellung des Nettoerlöses sind die Emissions- oder Zuzahlungsverluste, Begebungsprovisionen, Werbe- und Druckkosten (Begebungskosten) vom Bruttoerlös in Abzug zu bringen;

- e) im Falle, daß eine vorzeitige Kündigung der Anleihen, Darlehen und sonstigen Kredite vereinbart ist, auch bei Kündigung die prozentuelle Gesamtbelastung gemäß lit. d nicht überschritten wird;
- f) die Finanzoperation in Schilling, US-Dollar, Deutschen Mark, Französischen Franken, Schweizer Franken oder einer sonstigen jederzeit konvertierbaren Währung erfolgt.

§ 2. Wird die Haftung des Bundes gemäß § 1 für Fremdwährungsbeträge übernommen, so sind

diese zu den im Zeitpunkt der Haftungsübernahme vom Bundesministerium für Finanzen jeweils festgesetzten Kassenwerten auf den genannten Höchstbetrag anzurechnen.

§ 3. Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist das Bundesministerium für Finanzen betraut.

Klaus Jonas Koren

### **111. Kundmachung des Bundeskanzleramtes vom 13. März 1969 über die teilweise Aufhebung des § 1 des Boden-Credit-Anstaltsgesetzes durch den Verfassungsgerichtshof**

Gemäß Art. 140 Abs. 3 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 und ge-

maß § 64 Abs. 2 des Verfassungsgerichtshofgesetzes 1953, BGBl. Nr. 85, wird kundgemacht:

(1) Der Verfassungsgerichtshof hat mit seinem Erkenntnis vom 9. Dezember 1968, G 16/68, — dem Bundeskanzleramt zugestellt am 7. März 1969 — die im § 1 des Boden-Credit-Anstaltsgesetzes BGBl. Nr. 348/1929, enthaltene Zahl „49“ als verfassungswidrig aufgehoben.

(2) Die Aufhebung tritt mit 30. November 1969 in Kraft.

(3) Frühere gesetzliche Bestimmungen treten nicht wieder in Kraft.

Klaus

## **112.**

Nachdem der am 17. November 1965 in Wien unterzeichnete Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Sozialistischen Republik Rumänien über Rechtshilfe in bürgerlichen Rechts-sachen einschließlich Sachen des Familienrechts und über Urkundenwesen samt Protokoll, welcher also lautet:

### **VERTRAG**

**zwischen der Republik Österreich und der Sozialistischen Republik Rumänien über Rechtshilfe in bürgerlichen Rechtssachen einschließlich Sachen des Familienrechts und über Urkundenwesen**

Der Bundespräsident der Republik Österreich und der Staatsrat der Sozialistischen Republik Rumänien sind übereingekommen, einen Vertrag über Rechtshilfe in bürgerlichen Rechtssachen einschließlich Sachen des Familienrechts und über Urkundenwesen abzuschließen, und haben zu diesem Zweck zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Der Bundespräsident der Republik Österreich:  
Herrn Dr. Bruno Kreisky  
Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten

Herrn Dr. Christian Broda  
Bundesminister für Justiz

Der Staatsrat der Sozialistischen Republik Rumänien:

Herrn Außenminister Corneliu Mănescu,

die nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten folgendes vereinbart haben:

#### **KAPITEL I**

##### **Allgemeine Bestimmungen**

##### **Artikel 1**

##### **Rechtsschutz**

(1) Die Angehörigen des einen Vertragsstaates haben freien und ungehinderten Zutritt zu den

### **C O N V E N Ţ I E**

**între Republica Austria şi Republica Socialistă România cu privire la asistenţa juridică în materia dreptului civil şi de familie şi la valabilitatea şi transmiterea actelor**

Preşedintele Federal al Republicii Austria şi Consiliul de Stat al Republicii Socialiste România, în vederea reglementării asistenţei juridice în materia dreptului civil şi de familie şi a valabilităţii şi transmiterii actelor între cele două State, au hotărât să încheie o convenţie şi în acest scop şi-au desemnat plenipotenţiarii:

Preşedintele Federal al Republicii Austria pe  
Dr. Bruno Kreisky  
Ministru pentru Afaceri Străine

Dr. Christian Broda  
Ministru pentru Justiţie

Consiliul de Stat al Republicii Socialiste România pe

Corneliu Mănescu, Ministrul Afacerilor Externe

care, după schimbul deplinelor puteri, găsite în bună şi cuvenită formă, au convenit asupra celor ce urmează:

#### **CAPITOLUL I**

##### **Dispoziţii generale**

##### **Articolul 1**

##### **Ocrotirea juridică**

1. Cetăţenii unui Stat Contractant au dreptul să se adreseze liber şi nestîrjenit instanţelor

Gerichten des anderen Vertragsstaates; sie können bei diesen Klagen und Anträge einbringen und unter denselben Bedingungen wie Inländer auftreten.

(2) Die Bestimmungen dieses Vertrages über die Angehörigen eines der Vertragsstaaten beziehen sich auch auf juristische Personen einschließlich Handelsgesellschaften, die nach der Rechtsordnung des einen Vertragsstaates errichtet worden sind und ihren Sitz auf dessen Gebiet haben.

#### Artikel 2

##### Befreiung von der Sicherheitsleistung für die Prozeßkosten

Treten Angehörige des einen Vertragsstaates, die ihren Wohnsitz, gewöhnlichen Aufenthalt oder Sitz im Gebiet eines der Vertragsstaaten haben, in dem anderen Vertragsstaat als Kläger (Antragsteller) oder Intervenienten vor Gericht auf, so darf ihnen wegen ihrer Eigenschaft als Ausländer oder wegen des Mangels eines Wohnsitzes, gewöhnlichen Aufenthaltes oder Sitzes im Inland eine Sicherheitsleistung für die Prozeßkosten nicht auferlegt werden.

#### Artikel 3

##### Weg des rechtlichen Verkehrs

In den durch diesen Vertrag geregelten Angelegenheiten haben die Gerichte der Vertragsstaaten miteinander durch Vermittlung der Justizministerien zu verkehren, soweit sich aus den folgenden Bestimmungen nichts anderes ergibt.

#### Artikel 4

##### Sprache und Übersetzungen

(1) Die Gerichte des einen Vertragsstaates können sich bei Ersuchen, die in Anwendung der Bestimmungen dieses Vertrages den Gerichten des anderen Vertragsstaates übermittelt werden, der eigenen Sprache bedienen. Die Ersuchsschreiben sind mit dem amtlichen Siegel zu versehen; sie bedürfen keiner Beglaubigung.

(2) Beilagen, die den im Absatz 1 bezeichneten Ersuchen angeschlossen werden, sind, sofern sich aus den folgenden Bestimmungen nichts anderes ergibt, mit beglaubigten Übersetzungen in die Sprache des Vertragsstaates, dem das ersuchte Gericht angehört, zu versehen.

(3) Die Beglaubigung der im Absatz 2 bezeichneten Übersetzungen ist durch einen in einem der Vertragsstaaten amtlich bestellten Dolmetsch oder ein hierfür zuständiges Organ eines der Vertragsstaaten einschließlich, soweit es im Rahmen ihrer Amtsbefugnisse liegt, der diplomatischen oder einer konsularischen Vertretungsbehörde des Staates, von dessen Gericht das Ersuchen ausgeht, durchzuführen; eine weitere Beglaubigung ist nicht erforderlich.

judecătoreşti ale celui alt Stat Contractant, să facă cereri, să introducă acţiuni şi să-şi susţină interesele în faţa lor în aceleaşi condiţii ca şi cetăţenii proprii.

2. Prevederile prezentei Convenţii referitoare la cetăţenii unuia din Statele Contractante se aplică şi persoanelor juridice, inclusiv societăţilor comerciale, înfiinţate în conformitate cu legile Statului Contractant pe teritoriul căruia îşi au sediul.

#### Articolul 2

##### Scutirea de cauţiune procesuală

Cetăţenii unui Stat Contractant care se adresează instanţelor judecătoreşti ale celui alt Stat Contractant, în calitate de reclamanţi (petiţionari) sau intervenienţi, dacă au domiciliul, reşedinţa sau sediul pe teritoriul unuia din Statele Contractante, nu pot fi obligaţi să depună cauţiune pentru motivul că sînt străini sau că nu au domiciliul, reşedinţa ori sediul în statul căruia îi aparţine instanţa solicitată.

#### Articolul 3

##### Modul de legătură

În îndeplinirea prevederilor prezentei Convenţii şi în măsura în care aceasta nu stabileşte altfel, instanţele judecătoreşti ale celor două State Contractante comunică între ele prin intermediul Ministerelor de Justiţie.

#### Articolul 4

##### Limba folosită şi traducerile

1. În aplicarea prevederilor prezentei Convenţii, instanţele judecătoreşti ale unui Stat Contractant se pot folosi de limba lor proprie în cererile adresate instanţelor judecătoreşti ale celui alt Stat Contractant. Cererile trebuie să poarte stampilă oficială; ele nu trebuie să fie legalizate.

2. În măsura în care prin prezenta Convenţie nu se stabileşte altfel, anexele la cererile menţionate la punctul 1 vor fi însoţite de traduceri în limba Statului Contractant căruia îi aparţine instanţa judecătorească solicitată.

3. Certificarea traducerilor prevăzute la punctul 2 se va face de un traducător autorizat sau de un organ competent al unuia din Statele Contractante, inclusiv, în cadrul atribuţiilor lor, de misiunea diplomatică sau de oficiul consular al Statului Contractant de la a cărui instanţă judecătorească provine cererea; o altă certificare nu este necesară.

### Artikel 5 Rechtsauskünfte

Die Justizministerien der beiden Vertragsstaaten werden einander auf Ersuchen Auskünfte über Vorschriften des bürgerlichen Rechts einschließlich des Familienrechts sowie des Zivilverfahrensrechts erteilen, die in ihrem Staat in Kraft stehen oder gestanden sind.

### Artikel 6

Staatsnotariate und Vormundschaftsbehörden

Die Bestimmungen dieses Vertrages, die sich auf die Gerichte beziehen, sind sinngemäß auf die Staatsnotariate und auf die Vormundschaftsbehörden der Sozialistischen Republik Rumänien anzuwenden.

## KAPITEL II

### Vollstreckung von Kostenentscheidungen

#### Artikel 7

(1) Wird der Kläger (Antragsteller) oder Interventionist, der auf Grund des Artikels 2 oder der im Staate der Klageerhebung geltenden Rechtsvorschriften von der Verpflichtung zur Sicherheitsleistung für die Prozeßkosten befreit war, durch rechtskräftige und vollstreckbare Entscheidung zum Ersatz der Prozeßkosten verpflichtet, so ist die Kostenentscheidung im anderen Vertragsstaat auf Antrag der obsiegenden Partei zu vollstrecken.

(2) Absatz 1 gilt auch für die Entscheidungen, durch die die Höhe der Prozeßkosten nachträglich festgesetzt wird.

#### Artikel 8

(1) Der Antrag auf Vollstreckung kann entweder bei dem Gericht, das zur Entscheidung über ihn zuständig ist, oder bei dem Gericht eingebracht werden, das über die Prozeßkosten in erster Instanz entschieden hat.

(2) Wird der Antrag bei dem Gericht des einen Vertragsstaates eingebracht, das in erster Instanz entschieden hat, so ist er an das zuständige Gericht des anderen Vertragsstaates weiterzuleiten.

(3) Die im Artikel 7 bezeichneten Entscheidungen sind ohne vorherige Anhörung der Parteien, jedoch mit Vorbehalt des Rekurses für die unterliegende Partei, nach Maßgabe des inneren Rechtes zu vollstrecken.

#### Artikel 9

(1) Der Antragsteller hat vorzulegen

- a) eine Ausfertigung des Spruches der Entscheidung mit Bestätigung der Rechtskraft und der Vollstreckbarkeit;

### Articolul 5 Informații juridice

Ministerele de justiție ale Statelor Contractante își vor comunica reciproc, la cerere, informații cu privire la dispozițiile legale care sînt sau au fost în vigoare în Statul lor în materia dreptului civil și de familie și a dreptului procesual civil.

### Articolul 6

Notariate de stat și autorități tutelare

Prevederile prezentei Convenții cu privire la instanțele judecătorești se aplică în mod corespunzător notariatelor de stat și autorităților tutelare din Republica Socialistă România.

## CAPITOLUL II

### Executarea silită a cheltuielilor de judecată

#### Articolul 7

1. În cazul în care reclamantul (petiționarul) sau intervenientul, scutit de cauțiune procesuală în conformitate cu articolul 2 sau cu legea Statului în care a fost intentată acțiunea, a fost obligat printr-o hotărîre definitivă și executorie să plătească cheltuieli de judecată, dispozițiile hotărîrii cu privire la aceste cheltuieli sînt executorii și pe teritoriul celui alt Stat Contractant, la cererea părții interesate.

2. Prevederile punctului 1 se aplică și hotărîrilor prin care se stabilește ulterior cuantumul cheltuielilor de judecată.

#### Articolul 8

1. Cererea de încuviințare a executării silite poate fi introdusă la instanța judecătorească competentă să se pronunțe asupra ei sau la instanța judecătorească care a hotărît în prima instanță asupra cheltuielilor de judecată.

2. Dacă cererea este introdusă la instanța judecătorească care a hotărît în prima instanță, ea va fi transmisă instanței competente a celui alt Stat Contractant.

3. Executarea hotărîrilor prevăzute în articolul 7 se va încuviința fără citarea părților, cu drept de recurs pentru partea interesată, potrivit legii Statului în care are loc executarea.

#### Articolul 9

1. Petiționarul trebuie să prezinte:

- a) o copie certificată a dispozitivului hotărîrii, cu mențiunea că aceasta este definitivă și executorie;

- b) eine beglaubigte Übersetzung hievon in die Sprache des Gerichtes, das zur Entscheidung über den Antrag zuständig ist;
- c) eine beglaubigte Übersetzung des Antrages in die Sprache des Gerichtes, das zur Entscheidung über den Antrag zuständig ist, sofern dieser bei dem Gericht eingebracht wird, das in erster Instanz entschieden hat.

(2) Die Kosten für die im Absatz 1 Buchstabe a angeführte Bestätigung und die im Absatz 1 Buchstaben b und c angeführten Übersetzungen werden wie Prozeßkosten behandelt. Sie sind auf Antrag von dem Gericht zu bestimmen, das über die Vollstreckung zu entscheiden hat.

### KAPITEL III

#### Befreiung von Gebühren und andere Begünstigungen

##### Artikel 10

(1) Die Angehörigen eines der Vertragsstaaten sind vor den Gerichten des anderen Vertragsstaates zu den Begünstigungen, die im Hinblick auf Einkommens-, Vermögens- und Familienverhältnisse gewährt werden (Armenrecht), unter denselben Bedingungen und in demselben Ausmaß wie Inländer zuzulassen.

(2) Die im Absatz 1 genannten Begünstigungen, die einer Partei in einem Verfahren in dem einen Vertragsstaat zukommen, erstrecken sich auch auf die Leistung von Rechtshilfe und die Durchführung von Zustellungen in dieser Sache im anderen Vertragsstaat.

##### Artikel 11

(1) Das Zeugnis über die Einkommens-, Vermögens- und Familienverhältnisse, das zur Erlangung der im Artikel 10 angeführten Begünstigungen notwendig ist, ist von der zuständigen Behörde des Vertragsstaates auszustellen, in dem der Antragsteller seinen Wohnsitz oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat.

(2) Hat der Antragsteller seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt in einem dritten Staat, so genügt das Zeugnis der für den Ort seines Wohnsitzes oder gewöhnlichen Aufenthaltes zuständigen diplomatischen oder konsularischen Vertretungsbehörde des Vertragsstaates, dem er angehört.

##### Artikel 12

Die Behörde, die mit dem Antrag auf Bewilligung der im Artikel 10 Absatz 1 bezeichneten Begünstigungen befaßt wird, hat darüber nach ihrem inneren Recht zu entscheiden; sie kann erforderlichenfalls ergänzende Auskünfte einholen.

- b) o traducere certificată a acestei copii în limba instanței judecătorești competente să se pronunțe asupra cererii;
- c) o traducere certificată a cererii în limba instanței judecătorești competente să se pronunțe asupra ei, în cazul în care cererea a fost introdusă la instanța judecătorească care a hotărât în prima instanță.

2. Cheltuielile pentru certificările prevăzute în punctul 1 litera a și pentru traducerile prevăzute în punctul 1 literele b și c sînt considerate cheltuieli de judecată. Ele vor fi stabilite, la cerere, de instanța judecătorească care urmează să se pronunțe asupra încuviințării executării.

### CAPITOLUL III

#### Scutiri de taxe și alte înlesniri

##### Articolul 10

1. Cetățenii unui Stat Contractant beneficiază în fața instanțelor judecătorești ale celui alt Stat Contractant de înlesnirile care se acordă cetățenilor acestuia în legătură cu situația lor materială și de familie (pentru Partea austriacă „Armenrecht“), în aceeași măsură și în aceleași condiții.

2. Înlesnirile prevăzute în punctul 1, acordate unei părți într-o acțiune intentată la o instanță judecătorească a unuia din Statele Contractante, se extind și la îndeplinirea comisiilor rogatorii și la înmînarea de acte în aceeași cauză, efectuate pe teritoriul celui alt Stat Contractant.

##### Articolul 11

1. Adeverința cu privire la situația materială și de familie, necesară pentru obținerea înlesnirilor prevăzute de articolul 10, va fi eliberată de autoritatea competentă a Statului Contractant pe teritoriul căruia își are domiciliul sau reședința persoana care a făcut cererea.

2. Dacă petiționarul are domiciliul sau reședința pe teritoriul unui al treilea stat, este suficientă adeverința eliberată de misiunea diplomatică sau de oficiul consular al Statului Contractant al cărui cetățean este petiționarul, competente în locul unde acesta își are domiciliul sau reședința.

##### Articolul 12

Autoritatea căreia i s-a adresat cererea pentru acordarea înlesnirilor prevăzute în articolul 10 punctul 1 hotărăște în conformitate cu legea Statului său, putînd cere, la nevoie, date suplimentare.

## Artikel 13

(1) Will ein Angehöriger eines der beiden Vertragsstaaten, der seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt in einem der Vertragsstaaten hat, vor einem Gericht des anderen Vertragsstaates von den im Artikel 10 Absatz 1 genannten Begünstigungen Gebrauch machen, so kann er den entsprechenden Antrag bei dem nach seinem Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt zuständigen Gericht nach Maßgabe des inneren Rechtes schriftlich einbringen oder zu Protokoll geben.

(2) Das Gericht, das mit einem Antrag nach Absatz 1 befaßt wird, hat diesen unter Anschluß des im Artikel 11 angeführten Zeugnisses und weiterer Beilagen an das zuständige Gericht des anderen Vertragsstaates weiterzuleiten.

## Artikel 14

(1) Der im Artikel 13 Absatz 1 angeführte Antrag ist ohne Rücksicht darauf zu behandeln, daß er nicht in der Sprache der Behörde, die über ihn zu entscheiden hat, abgefaßt ist. Für die Übersetzung des Antrages, des im Artikel 11 angeführten Zeugnisses und weiterer Beilagen hat die ersuchte Behörde zu sorgen.

(2) Im Falle der Bewilligung der Begünstigungen hat das zuständige Gericht von Amts wegen für den Antragsteller einen Vertreter nach Maßgabe des inneren Rechtes zu bestellen.

## KAPITEL IV

## Zustellungs- und Rechtshilfeersuchen

## Artikel 15

Die Vertragsstaaten verpflichten sich, durch ihre Gerichte auf Ersuchen einander in bürgerlichen Rechtssachen einschließlich Sachen des Familienrechtes Rechtshilfe zu leisten und Zustellungen durchzuführen.

## Artikel 16

Das Ersuchen um Durchführung einer Zustellung oder das Rechtshilfeersuchen hat folgende Angaben zu enthalten:

- a) den Gegenstand des Ersuchens;
- b) die Bezeichnung der Beteiligten mit Vor- und Familiennamen, Stellung im Verfahren, Beruf, Wohnsitz oder Aufenthaltsort, bei juristischen Personen einschließlich der Handelsgesellschaften Namen und Sitz;
- c) gegebenenfalls Vor- und Familiennamen sowie Anschrift ihrer Vertreter;
- d) die erforderlichen Angaben über den Gegenstand des Ersuchens, bei Zustellungsersuchen insbesondere die Anschrift des Empfängers, bei Rechtshilfeersuchen ins-

## Articolul 13

1. Dacă un cetățean al unui Stat Contractant, avînd domiciliul sau reședința pe teritoriul unuia din Statele Contractante, vrea să beneficieze în fața unei instanțe judecătorești a celui alt Stat Contractant de înlesnirile prevăzute în articolul 10 punctul 1, el poate face cerere în acest sens, în scris sau verbal, la instanța judecătorească competentă de la domiciliul sau reședința sa, potrivit legii Statului acesteia.

2. Instanța judecătorească care, potrivit punctului 1, a primit cererea o va trimite, împreună cu adeverința prevăzută de articolul 11 și eventualele anexe, instanței judecătorești competente a celui alt Stat Contractant.

## Articolul 14

1. Cererea prevăzută de articolul 13 punctul 1 trebuie soluționată fără a se ține seamă de faptul că nu ar fi redactată în limba autorității care urmează să hotărască asupra ei. De traducerea cererii, a adeverinței prevăzute în articolul 11 și a eventualelor anexe trebuie să se îngrijească autoritatea solicitată.

2. În cazul acordării, înlesnirilor, instanța judecătorească competentă va numi din oficiu un reprezentant petiționarului, în conformitate cu legea Statului său.

## CAPITOLUL IV

## Înmînarea actelor și comisii rogatorii

## Articolul 15

Statele Contractante vor efectua, la cerere, prin instanțele judecătorești, înmînări de acte și comisii rogatorii în materia dreptului civil și de familie.

## Articolul 16

Cererea pentru înmînări de acte sau pentru efectuarea de comisii rogatorii va cuprinde următoarele date:

- a) obiectul cererii;
- b) numele și prenumele părților, calitatea, ocupația, domiciliul sau reședința lor, iar la persoanele juridice, inclusiv societățile comerciale, denumirea și sediul lor;
- c) numele, prenumele și adresa reprezentanților părților, dacă este cazul;
- d) datele necesare cu privire la obiectul cererii, îndeosebi adresa destinatarului, la cererea de înmînări de acte, iar la comisiile rogatorii împrejurările în legătură cu care urmează

besondere die Umstände, über die ein Beweis erhoben werden soll, gegebenenfalls auch die Fragen, die an die zu vernehmenden Personen gerichtet werden sollen.

#### Artikel 17

(1) Die Erledigung der Zustellungs- und Rechtshilfeersuchen richtet sich nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, dem das ersuchte Gericht angehört.

(2) Das ersuchte Gericht hat jedoch, wenn es das ersuchende Gericht verlangt, einen bestimmten Vorgang einzuhalten, sofern dessen Anwendung nicht gegen Grundsätze der Rechtsordnung des Staates verstößt, dem das ersuchte Gericht angehört.

#### Artikel 18

(1) Ist die Anschrift einer Person, die vernommen oder der ein Schriftstück zugestellt werden soll, nicht genau angegeben oder stellt sie sich als unrichtig heraus, so hat das ersuchte Gericht nach Möglichkeit die richtige Anschrift festzustellen.

(2) Ist das ersuchte Gericht für die Erledigung des Ersuchens nicht zuständig, so hat es das Ersuchsschreiben von Amts wegen an das zuständige Gericht weiterzuleiten und davon das ersuchende Gericht zu verständigen.

#### Artikel 19

(1) Sind die zuzustellenden Schriftstücke in der Sprache des ersuchten Gerichtes abgefaßt oder ist ihnen eine Übersetzung in diese Sprache beigelegt, so hat das ersuchte Gericht die Zustellung unter Anwendung seiner Rechtsvorschriften durchzuführen; Artikel 17 bleibt unberührt.

(2) In anderen Fällen als den im Absatz 1 bezeichneten sind die Schriftstücke dem Empfänger nur zuzustellen, wenn er sie freiwillig entgegennimmt.

#### Artikel 20

Die Zustellung wird durch einen Zustellausweis oder durch ein Protokoll nachgewiesen; das über den Zustellvorgang errichtete Schriftstück muß die Unterschrift des Übernehmers und des Zustellers sowie das Datum der Zustellung enthalten.

#### Artikel 21

(1) Die Gerichte, an die Rechtshilfeersuchen gerichtet sind, haben diesen zu entsprechen und dabei, wenn erforderlich, dieselben Zwangsmittel anzuwenden wie bei der Erledigung von Rechtshilfeersuchen der Gerichte des eigenen Staates. Zwangsmittel sind, auch wenn sie nach dem

să se facă o probă şi, dacă este cazul, întrebările care trebuie puse persoanelor de audiat.

#### Articolul 17

1. Îndeplinirea cererilor de înmînări de acte şi de efectuare a comisiilor rogatorii se face potrivit dispoziţiilor legale ale Statului Contractant cărui îi aparţine instanţa judecătorească solicitată.

2. Instanţa judecătorească solicitată va aplica un anumit mod de a proceda cerut de instanţa judecătorească solicitantă, în măsura în care aceasta nu contravine principiilor de bază ale legislaţiei Statului său.

#### Articolul 18

1. Dacă adresa persoanei care urmează să fie audiată sau căreia urmează să i se înmîneze un act nu este indicată precis sau dacă se constată că ea este inexactă, instanţa judecătorească solicitată va stabili, în măsura posibilităţii, adresa exactă.

2. Dacă instanţa judecătorească solicitată nu este competentă să îndeplinească cererea, ea o va transmite, din oficiu, instanţei judecătoreşti competente şi va informa despre aceasta instanţa judecătorească solicitantă.

#### Articolul 19

1. În cazul în care actele de înmînat sînt redactate în limba instanţei judecătoreşti solicitate sau sînt însoţite de o traducere în această limbă, instanţa va efectua înmînarea aplicînd prevederile sale legale; această dispoziţie nu aduce atingere prevederilor articolului 17.

2. În alte cazuri decît în acelea prevăzute în punctul 1 actele se vor înmîna numai dacă destinatarul le acceptă de bună voie.

#### Articolul 20

Proba înmînării actelor se va face fie printr-o dovadă de înmînare, fie printr-un proces verbal, care vor trebui să conţină semnătura primitorului şi a agentului înmînător şi data înmînării.

#### Articolul 21

1. Instanţa judecătorească căreia i-a fost adresată o cerere de comisie rogatorie o va efectua folosind, atunci cînd este necesar, aceleaşi mijloace de constrîngere ca şi la efectuarea de comisii rogatorii cerute de instanţele judecătoreşti din Statul său. Nu se vor folosi mijloace de constrîn-

Recht eines der Vertragsstaaten vorgesehen sind, nicht anzuwenden, wenn es sich um das persönliche Erscheinen der Streitteile handelt.

(2) Auf Verlangen des ersuchenden Gerichtes hat das ersuchte Gericht die Parteien oder das ersuchende Gericht rechtzeitig vom Ort und von der Zeit der durchzuführenden Rechtshilfe-handlung zu verständigen.

#### Artikel 22

Konnte dem Ersuchen nicht entsprochen werden, so sind die Akten zurückzusenden und die Gründe mitzuteilen, aus denen das Ersuchen undurchführbar war oder die Erledigung abgelehnt wurde.

#### Artikel 23

(1) Die aus Anlaß der Erledigung eines Ersuchens entstandenen Kosten werden mit Ausnahme der einem Sachverständigen entstandenen Auslagen und dessen Belohnung im Verhältnis zwischen den Vertragsstaaten nicht ersetzt.

(2) Die Höhe und Art der entstandenen Kosten sind dem ersuchenden Gericht bekanntzugeben.

#### Artikel 24

Die Durchführung eines Ersuchens darf nur abgelehnt werden, wenn der ersuchte Staat der Meinung ist, daß die Durchführung des Ersuchens seine Hoheitsrechte beeinträchtigen, seine Sicherheit gefährden oder gegen Grundsätze seiner Rechtsordnung verstoßen könnte.

### KAPITEL V

#### Urkundenwesen

#### Artikel 25

(1) Die von Gerichten oder Verwaltungsbehörden eines der Vertragsstaaten im Rahmen ihrer Zuständigkeit ausgestellten Urkunden, die mit der amtlichen Unterschrift und dem amtlichen Siegel versehen sind, genießen auch vor den Gerichten und den Verwaltungsbehörden des anderen Vertragsstaates die Beweiskraft öffentlicher Urkunden. Dies gilt auch für andere inländische Urkunden, denen nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, in dem sie ausgestellt worden sind, die Beweiskraft öffentlicher Urkunden zukommt.

(2) Diese Beweiskraft kommt auch der Beglaubigung der Unterschrift auf einer Privaturkunde zu, die von einem Gericht oder einer Verwaltungsbehörde eines der Vertragsstaaten oder von einem österreichischen öffentlichen Notar der Privaturkunde beigesetzt worden ist,

gere pentru prezentarea personală a părților, chiar dacă ele sînt prevăzute de legea unuia din Statele Contractante.

2. La cererea instanței judecătorești solicitante, instanța solicitată va încunoștiința în timp util instanța solicitantă sau părțile despre locul și data la care urmează să fie efectuată comisia rogatorie.

#### Articolul 22

În cazul în care cererea nu a putut fi satisfăcută, se vor înapoia actele și se vor comunica motivele pentru care nu a fost îndeplinită sau pentru care îndeplinirea ei a fost refuzată.

#### Articolul 23

1. Cheltuielile ocazionate de îndeplinirea cererilor nu vor fi rambursate între Statele Contractante, cu excepția celor pentru remunerarea experților și a altor cheltuieli pentru efectuarea expertizelor.

2. Cuantumul și natura cheltuielilor făcute vor fi comunicate instanței judecătorești solicitante.

#### Articolul 24

Îndeplinirea unei cereri va putea fi refuzată numai în cazul în care Statul Contractant solicitat va socoti că îndeplinirea ei ar putea atinge drepturile sale suverane, primejdui securitatea sa sau contraveni principiilor de bază ale legislației sale.

### CAPITOLUL V

#### Valabilitatea și transmiterea actelor

#### Articolul 25

1. Actele eliberate de o instanță judecătorească sau de o autoritate administrativă a unui Stat Contractant în limitele competenței sale și prevăzute cu semnătură oficială și cu sigiliul oficial vor avea și în fața instanțelor judecătorești și a autorităților administrative ale celuilalt Stat Contractant puterea probatorie a actelor oficiale. Această prevedere este valabilă și pentru alte acte cărora, potrivit dispozițiilor legale ale Statului Contractant pe teritoriul căruia au fost eliberate, le este atribuită puterea probatorie a actelor oficiale.

2. Această putere probatorie o va avea și legalizarea semnăturii pe un act sub semnătură privată făcută de către o instanță judecătorească sau de către o autoritate administrativă a unuia din Statele Contractante ori de un notar public austriac.

## Artikel 26

Die im Artikel 25 Absatz 1 bezeichneten Urkunden und die im Artikel 25 Absatz 2 bezeichneten Beglaubigungen einer Unterschrift bedürfen zum Gebrauch vor den Gerichten und den Verwaltungsbehörden des anderen Vertragsstaates keiner weiteren Beglaubigung.

## Artikel 27

(1) Die Vertragsstaaten werden einander auf Ersuchen abgaben- und kostenfrei Personenstandsurkunden und beglaubigte Abschriften gerichtlicher Entscheidungen, die sich auf Personenstandsangelegenheiten beziehen, für amtliche Zwecke ihrer Behörden übermitteln. In dem Ersuchen ist das behördliche Interesse hinreichend darzutun.

(2) Bei Anwendung des Absatzes 1 ist der diplomatische Weg einzuhalten.

## Artikel 28

Ist der Tod eines Angehörigen des einen Vertragsstaates im anderen Vertragsstaat beurkundet worden, so hat die zuständige Behörde dieses Vertragsstaates unverzüglich die konsularische oder diplomatische Vertretungsbehörde des Vertragsstaates, dessen Angehöriger der Verstorbene gewesen ist, zu verständigen.

## KAPITEL VI

## Schlußbestimmungen

## Artikel 29

Dieser Vertrag berührt nicht die Bestimmungen anderer Verträge, die einen oder beide der Vertragsstaaten im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Vertrages binden.

## Artikel 30

(1) Dieser Vertrag ist zu ratifizieren. Der Austausch der Ratifikationsurkunden hat sobald wie möglich in Bukarest stattzufinden.

(2) Der Vertrag tritt am sechzigsten Tage nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

## Artikel 31

Dieser Vertrag wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Jeder der Vertragsstaaten kann den Vertrag durch schriftliche an den anderen Vertragsstaat zu richtende Notifikation aufkündigen. Die Aufkündigung wird ein Jahr nach dem Zeitpunkt, zu dem sie notifiziert worden ist, wirksam.

Geschehen zu Wien, am 17. November 1965 in zweifacher Ausfertigung in deutscher und rumänischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen authentisch sind.

## Articolul 26

Actele prevăzute în articolul 25 punctul 1 și legalizarea prevăzută în articolul 25 punctul 2 nu au nevoie de nici o altă certificare pentru a fi folosite în fața instanțelor judecătorești și a autorităților administrative ale celui alt Stat Contractant.

## Articolul 27

1. Statele Contractante își vor transmite, fără plata vreunei taxe, la cerere și pentru folosință oficială a organelor lor, certificate de stare civilă și copii legalizate de pe hotărârile instanțelor judecătorești referitoare la starea civilă. În cerere se va motiva suficient interesul oficial.

2. În aplicarea prevederilor punctului 1 se va folosi calea diplomatică.

## Articolul 28

În cazul decesului unui cetățean al unui Stat Contractant înregistrat pe teritoriul celui alt Stat Contractant, autoritatea competentă a acestuia va înștiința de îndată despre deces misiunea diplomatică sau oficiul consular al Statului Contractant al cărui cetățean era cel decedat.

## CAPITOLUL VI

## Dispoziții finale

## Articolul 29

Prezenta Convenție nu aduce nici o atingere prevederilor altor convenții care, în momentul intrării ei în vigoare, leagă unul sau ambele State Contractante.

## Articolul 30

1. Prezenta Convenție va fi supusă ratificării. Schimbul instrumentelor de ratificare se va efectua la București cât mai curând posibil.

2. Convenția intră în vigoare în a șizecea zi după schimbul instrumentelor de ratificare.

## Articolul 31

Convenția se încheie pe durată nedeterminată. Fiecare Stat Contractant poate denunța Convenția printr-o comunicare scrisă făcută celui alt Stat Contractant. Denunțarea își va produce efectul după un an de la data la care a fost comunicată.

Prezenta Convenție s-a încheiat la Viena la data de 17 noiembrie 1965 în două exemplare originale, fiecare în limba germană și în limba română, ambele texte având aceeași valabilitate.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten der beiden Vertragsstaaten diesen Vertrag unterzeichnet und mit Siegeln versehen.

Für die Republik Österreich:

**Kreisky m. p.**

**Broda m. p.**

Für die Sozialistische Republik Rumänien:

**C. Mănescu m. p.**

### **Protokoll**

zum Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Sozialistischen Republik Rumänien über Rechtshilfe in bürgerlichen Rechts-sachen einschließlich Sachen des Familienrechts und über Urkundenwesen

Bei der heute erfolgten Unterzeichnung des oben bezeichneten Vertrages besteht Einverständnis über folgendes:

In der Republik Österreich sind öffentliche Personenstandsurkunden auch die von den zuständigen konfessionellen Organen der gesetzlich anerkannten Kirchen und Religionsgesellschaften ausgestellten Heiratsurkunden betreffend Ehen, die vor ihnen vor dem 1. August 1938 geschlossen worden sind, sowie Geburtsurkunden (Geburtsbescheinigungen) und Sterbeurkunden, wenn Geburt oder Tod vor dem 1. Jänner 1939 beurkundet worden ist; für das Gebiet des Burgenlandes tritt an die Stelle des 1. August 1938 und des 1. Jänner 1939 der 1. Oktober 1895.

Das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Republik Österreich wird dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Sozialistischen Republik Rumänien ein Verzeichnis dieser Kirchen und Religionsgesellschaften binnen drei Monaten vom Tag des Inkrafttretens dieses Vertrages an übermitteln.

Geschehen zu Wien, am 17. November 1965 in zweifacher Ausfertigung in deutscher und rumänischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen authentisch sind.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten dieses Protokoll, das einen Bestandteil des Vertrages bildet, unterzeichnet.

Für die Republik Österreich:

**Kreisky m. p.**

**Broda m. p.**

Für die Sozialistische Republik Rumänien:

**C. Mănescu m. p.**

Drept care plenipotențiarilor celor două State Contractante au semnat prezenta Convenție și au aplicat sigiliile lor.

Pentru Republica Austria:

**Kreisky m. p.**

**Broda m. p.**

Pentru Republica Socialistă România:

**C. Mănescu m. p.**

### **Protocol**

la Convenția dintre Republica Austria și Republica Socialistă România cu privire la asistența juridică în materia dreptului civil și de familie și la valabilitatea și transmiterea actelor

La încheierea Convenției menționate mai sus, semnate astăzi, s-a căzut de acord asupra următoarelor:

În Republica Austria se consideră acte oficiale de stare civilă și actele de căsătorie eliberate de organele confesionale competente ale bisericilor și asociațiilor religioase legal recunoscute, cu privire la căsătorii care au fost încheiate în fața lor înainte de 1 august 1938, precum și actele de naștere (certificate de naștere) și actele de deces, dacă nașterea sau decesul au fost înregistrate înainte de 1 ianuarie 1939. Pentru teritoriul Burgenland, datele de 1 august 1938 și 1 ianuarie 1939 se înlocuiesc cu data de 1 octombrie 1895.

Ministerul Federal al Afacerilor Străine al Republicii Austria va transmite Ministerului Afacerilor Externe al Republicii Socialiste România până în trei luni de la data intrării în vigoare a acestei convenții o listă a acestor biserici și asociații religioase.

Prezentul Protocol a fost încheiat la Viena la data de 17 noiembrie 1965 în două exemplare originale, fiecare în limba germană și în limba română, ambele texte având aceeași valabilitate.

Drept care plenipotențiarilor celor două State Contractante au semnat prezentul Protocol, care face parte integrantă din Convenție.

Pentru Republica Austria:

**Kreisky m. p.**

**Broda m. p.**

Pentru Republica Socialistă România:

**C. Mănescu m. p.**

die verfassungsmäßige Genehmigung des Nationalrates erhalten hat, erklärt der Bundespräsident dieses Vertragswerk für ratifiziert und verspricht im Namen der Republik Österreich die gewissenhafte Erfüllung der darin enthaltenen Bestimmungen.

Zu Urkund dessen ist die vorliegende Ratifikationsurkunde vom Bundespräsidenten unterzeichnet, vom Bundeskanzler, vom Bundesminister für Inneres, vom Bundesminister für Justiz, vom Bundesminister für Unterricht, vom Bundesminister für soziale Verwaltung, vom Bundesminister für Finanzen, vom Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, vom Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie, vom Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen, vom Bundesminister für Landesverteidigung, vom Bundesminister für Bauten und Technik und vom Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten gegengezeichnet und mit dem Staatssiegel der Republik Österreich versehen worden.

Geschehen zu Wien, am 16. Jänner 1969

Der Bundespräsident:

**Jonas**

Der Bundeskanzler:

**Klaus**

Der Bundesminister für Inneres:

**Soronic**

Der Bundesminister für Justiz:

**Klecatsky**

Der Bundesminister für Unterricht:

**Piffl**

Der Bundesminister für soziale Verwaltung:

**Rehor**

Der Bundesminister für Finanzen:

**Koren**

Der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft:

**Schleinzer**

Der Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie:

**Mitterer**

Der Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen:

**Weiß**

Der Bundesminister für Landesverteidigung:

**Prader**

Der Bundesminister für Bauten und Technik:

**Kotzina**

Der Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten:

**Waldheim**

Die Ratifikationsurkunden zum vorliegenden Vertrag sind am 24. Feber 1969 ausgetauscht worden. Der Vertrag tritt daher gemäß seinem Artikel 30 Absatz 2 am 25. April 1969 in Kraft.

**Klaus**



# BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Der **Bezugspreis** des Bundesgesetzblattes für die Republik Österreich beträgt vorbehaltlich allfälliger Preiserhöhungen infolge unvorhergesehener Steigerung der Herstellungskosten bis zu einem Jahresumfang von 1800 Seiten S 168.— für Inlands- und S 216.— für Auslandsabonnements. Für den Fall, daß dieser Umfang überschritten wird, bleibt für den Mehrumfang eine entsprechende Neuberechnung vorbehalten. Der Bezugspreis kann auch in zwei gleichen Teilbeträgen zum 1. Jänner und 1. Juli entrichtet werden.

Einzelne Stücke des Bundesgesetzblattes sind erhältlich gegen Entrichtung des Verschleißpreises von 40 g für das Blatt = 2 Seiten, jedoch mindestens S 1.50 für das Stück, bei der Manz'schen Verlags- und Universitätsbuchhandlung in Wien I, Kohlmarkt 16 (Postleitzahl 1010), Telephon 63 17 85 Serie, sowie in der Verkaufsstelle der Österreichischen Staatsdruckerei — Wiener Zeitung, Wien I, Wollzeile 27 a (Postleitzahl 1037), Telephon 52 43 42.

**Bezugsanmeldungen** werden von der Abonnementstelle der Österreichischen Staatsdruckerei — Wiener Zeitung in Wien III, Rennweg 12 a (Postleitzahl 1037), entgegengenommen.

Als Bezugsanmeldung gilt auch die Überweisung des Bezugspreises oder seines ersten Teilbetrages auf das Postsparkassenkonto Wien Nr. 178. Die Bezugsanmeldung gilt bis zu einem allfälligen schriftlichen Widerruf. Der Widerruf ist nur mit Wirkung für das Ende des Kalenderjahres möglich. Er muß, um wirksam zu sein, spätestens am 15. Dezember bei der Abonnementstelle der Österreichischen Staatsdruckerei — Wiener Zeitung, Rennweg 12 a, 1037 Wien, einlangen.

Die **Zustellung** des Bundesgesetzblattes erfolgt erst nach Entrichtung des Bezugspreises. Die Bezieher werden, um keine Verzögerung in der Zustellung eintreten zu lassen, eingeladen, den Bezugspreis umgehend zu überweisen. Ersätze für abgängige oder mangelhaft zugekommene Stücke des Bundesgesetzblattes sind binnen drei Monaten nach dem Erscheinen unmittelbar bei der Abonnementstelle der Österreichischen Staatsdruckerei — Wiener Zeitung, Wien III, Rennweg 12 a (Postleitzahl 1037), anzufordern. Nach Ablauf dieses Zeitraumes werden Stücke des Bundesgesetzblattes ausnahmslos nur gegen Entrichtung des Verschleißpreises abgegeben.